

Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXIX/165

30. August 1974

Die Chance der Gerechtigkeit

Zur Entbindung Wienands von seinen Geschäftsführer-
Pflichten

Seite 1 / 38 Zeilen

CDU/CSU-Sehneucht nach Konfrontation

Die Opposition ist nur mit den Lippen für
Entspannung

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdB
Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des
Bundestages

Seite 2 und 3 / 82 Zeilen

Berufsbildung - europäisch orientiert

Eine erfreuliche Initiative der EG-Kommission

Von Horst Seefeld MdB
Mitglied des Ausschusses für Jugend und Kultur
im Europäischen Parlament

Seite 4 / 39 Zeilen

Die Union marschiert rechts

Heinrich Windelen lieferte den Beweis

Seite 5 / 32 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 05 88 848 - 48 pbbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn-Bad Godesberg
Kölnener Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Chance der Gerechtigkeit

Zur Entbindung Wienands von seinen Geschäftsführer-Pflichten

Karl Wienand ist vom SPD-Fraktionsvorstand seiner Pflichten als Parlamentarischer Fraktionsgeschäftsführer entbunden worden. Die Fraktionspitze hat damit einer ausdrücklichen Bitte Wienands entsprochen, der in seinem Brief an den Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner darauf hingewiesen hat, daß sein Gesundheitszustand es ihm auf absehbare Zeit nicht erlaube, diese Pflichten ordnungsgemäß zu erfüllen. Worum es Wienand jetzt, nachdem ihm die Fraktionshürde von den Schultern genommen wurde, geht, ist, daß er sich so bald wie möglich erholen kann, um dann für die Klärung der gegen ihn erhobenen Beschuldigungen voll zur Verfügung stehen zu können.

Man sollte zu dieser Stunde nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß Karl Wienand bereits einmal um diese Erhebung von seinen Pflichten gebeten hatte, daß aber damals die Fraktion einmütig der Meinung gewesen war, er solle seine Arbeit weiter machen. Nun hat Karl Wienand seine Bitte wiederholt, weil er es auch im Interesse der Fraktion und der Gesamtpartei für wichtig und notwendig gehalten hat, im Rahmen des Ermittlungsverfahrens Stellung nehmen zu können, ohne in die harte Fron des Geschäftsführers eingebunden zu sein.

Damit ist eine Phase in der Entwicklung erreicht worden, die die Forderung zwingend macht, daß es von jetzt an den Justizbehörden ermöglicht werden soll, ihre Ermittlungstätigkeit fortzusetzen und hoffentlich bald abzuschließen, ohne den von außen anbrandenden Emotionen ausgesetzt zu sein. Es gibt in diesem demokratischen Rechtsstaat kein Gericht außerhalb der Gerichte, und kein Beschuldigter kann von Richtern außerhalb der Richter schuldig gesprochen werden. Niemandem darf die Chance der Gerechtigkeit mutwillig oder fahrlässig genommen werden.

Das gilt auch für Karl Wienand.

(ee/30.8.1974/bgy/ee)

+ + +

CDU/CSU-Sehnsucht nach Konfrontation

Die Opposition ist nur mit den Lippen für Entspannung

Von Dr. Heinz Kreuzmann MdS

Mitglied des innerdeutschen Ausschusses des Bundestages

Auf der Berliner Kundgebung des sogenannten "Bundes freies Deutschland" hat der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß erklärt, daß Versöhnung mit den Machthabern und Henkersknechten der osteuropäischen Staaten noch lange keinen Ausgleich mit den Völkern bedeute. Die deutsche Ostpolitik sei in der Praxis ein Teil der kommunistischen Westpolitik. Strauß steht mit derartigen Äußerungen unter seinen politischen Freunden nicht allein. Sie machen in entlarvender Weise die Sehnsucht vieler Teile der CDU/CSU nach den Tagen der Ost-West-Konfrontation deutlich. Sie verraten zugleich, welcher Wert ihren ständigen Beteuerungen, man wolle ebenso Entspannung und Verständigung mit Osteuropa wie die Regierungsparteien, beizumessen ist.

Wenn Strauß und seinesgleichen mit derartigen Argumenten, trotz der erwiesenen Friedenssehnsucht des weitaus größten Teiles der Bevölkerung der Bundesrepublik, überhaupt noch Gehör finden, dann deshalb, weil ihnen manche Kräfte in der SED-Führung dabei zuarbeiten. Diese haben es im Grunde genommen nie verwunden können, daß sie durch die Entspannungspolitik aus der Rolle des starken Eckpfeilers des östlichen Vertragssystems verdrängt wurden. Es hat sie hart getroffen, die nach ihrer Meinung schwersten Opfer für die Entspannung bringen zu müssen. Dazu kommt die mit einer verstärkten Begegnung der Deutschen verbundene Existenzangst. So treffen sich die Interessen der Entspannungsgegner von drüben und hüber. Die Sowjetunion aber, in deren Führung ja auch nicht nur eindeutige Anhänger der Entspannungspolitik vorhanden sind, ist in ihrer Politik beeinflußt durch die Bündnisverpflichtungen und die wirtschaftlichen Verknüpfungen mit der DDR. Sie wird andererseits immer wieder von den Befürchtungen geschüttelt, wie sich wohl das Verhältnis Sowjetunion-Bundesrepublik eines Tages entwickeln könnte, wenn eine Opposition, die spricht und denkt wie Strauß, in Bonn wieder an die Macht kommen würde.

Dies bedingt den Spielraum, der es der SED ermöglicht, eine Politik zu betreiben, die an die Grundfesten des Grundvertrages rührt und ihn da und dort auch schon deutlich angekratzt hat. Dabei erscheint es als ein kapitaler Fehler, der DDR zu unterstellen, ihr Ziel sei es, eines Tages von sich aus so etwas wie einen deutschen Alleinvertretungsanspruch zu erheben. Wenn da und dort Aussprüche führender DDR-Politiker gefallen sind, die für sich die Vertretung des "wahren demokratischen und humanistischen Deutschland" allein in Anspruch nahmen, so war das nicht der von manchen vermutete Wunsch, von der DDR her eine deutsche Einheit unter kommunistischen Vorzeichen anzustreben. Dieser Anspruch war für sie nichts anderes als ein Mittel zur totalen Distanzierung und Abgrenzung. Für die DDR ist, zumindest zurzeit, selbst der Gedanke an ein kommunistisches Gesamtdeutschland abgeschrieben. Ihr Ziel Nr. 1 ist noch wie vor die Konsolidierung der DDR als Staat. Wäre das nicht

so, würde man doch wohl eine Politik machen, die den Kommunisten in Westdeutschland eine bessere Basis für ihre Politik böte, als das gegenwärtig der Fall ist!

Nichts aber kommt diesen Zielen der SED mehr entgegen als die Politik und Argumentation der bundesrepublikanischen Opposition. Sie gibt ihr das Feindbild, das sie braucht, um ihre Abgrenzungspolitik nach innen zu rechtfertigen. Wenn die Opposition daher durch manche ihrer Sprecher der Bundesregierung unterstellt, sie betreibe in der Praxis ihrer Politik kommunistische Westpolitik, so fällt es in der Tat nicht schwer, zu begründen, auf wen das in Wirklichkeit zutrifft.

Wenn Strauß sagte, Versöhnung mit den Machthabern bedeute keine Versöhnung mit den Völkern, dann arbeitet er genau denen in die Hände, die die Grenzen dicht halten und Familienzusammenführungen verhindern wollen. Dabei geht es nicht um eine einzelne Regierung, die er mit solchen Äußerungen mobilisiert. Es geht um eine ideologisch miteinander verbundene Mächtegruppe, die in ihren weltweiten und weltpolitischen Verflechtungen zu sehen ist. Sie müssen doch Äußerungen, wie die von Strauß, als eine Aufforderung an ihre Völker ansehen, gewaltsame Veränderungen herbeizuführen, und werden daher alles tun, das zu verhindern.

Am Ausgangspunkt der neuen Ostpolitik stand die Einsicht in das totale Scheitern der Politik des "roll back", wie sie einst John Foster Dulles betrieben hat. Nach den dabei gemachten Erfahrungen wollte man mit dieser neuen Ostpolitik den Versuch machen, die Beziehungen auch zu den Staaten mit anderer Gesellschaftsordnung zu normalisieren und damit den unter der Aufteilung der Welt leidenden Menschen zu helfen. Diese Politik hat Fortschritte im menschlichen Bereich gebracht, auch wenn es in Deutschland manchmal, bedingt durch das Verhalten der DDR, wie bei der Springprozession von Echternach zugeht: drei Schritte vor und zwei zurück.

Wer sich gegenüber diesen Entwicklungen in die Zeiten der Konfrontation zurücksehnt, wer glaubt, eine Gratwanderung auf dem schmalen Grat zwischen Krieg und Frieden sei besser, der mag dabei daran denken, wie leicht diese Gratwanderung bei den vielen kleinen Feuern, die heute in weiten Teilen der Welt schwelen, zu einem Großfeuer werden kann. Wer Frieden will, muß sich weiter um den Frieden bemühen. Er darf sich dabei auch nicht durch Übergriffe von diesem Streben abbringen lassen. Er muß Politik mit dem Verstand und nicht mit Emotionen machen. Die durch eine Politik der Emotionen herbeigeführten Katastrophen der deutschen Geschichte sollten uns Warnung genug sein. (-/30.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Berufsbildung - europäisch orientiert

Eine erfreuliche Initiative der EG-Kommission

Von Horst Seefeld MdB

Mitglied des Ausschusses für Jugend und Kultur im Europäischen Parlament

Um eine gemeinsame Berufsausbildungspolitik innerhalb der Europäischen Gemeinschaften durchzuführen, hat die Kommission die Schaffung eines europäischen Zentrums für die Entwicklung der beruflichen Ausbildung vorgeschlagen.

Die Ziele des Zentrums sind: a/ die Berufsausbildung auf Gemeinschaftsebene zu fördern und weiterzuentwickeln; b/ wesentliche Aktionen in den Bereichen der Dokumentation und der Information, der Forschung und der Modellversuche durchzuführen; c/ Studienverträge abzuschließen und Finanzhilfen für einzelne Vorhaben zu geben; und d/ eine engere Zusammenarbeit mit der Kommission und auch mit nationalen und internationalen Fachinstituten, mit Behörden und Lehranstalten, mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen zu haben.

Das Zentrum soll von einem Verwaltungsrat von 15 Personen verwaltet werden, die von der Kommission zu ernennen sind. Dieser Verwaltungsrat soll aus je fünf Mitgliedern vom Europäischen Arbeitgeberverband und aus Arbeitnehmerorganisationen, sowie weiteren fünf Mitgliedern bestehen, die von der Kommission ausgewählt werden. Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Darüber hinaus ist die Errichtung eines Sachverständigenbeirates von 18 Mitgliedern - je zwei pro Mitgliedstaat - vorgesehen; er kann aus eigener Initiative Themen aufgreifen und behandeln.

Die Beratungen über diesen Vorschlag der Kommission der Europäischen Gemeinschaften finden derzeit in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments statt und sollen bald in dessen Plenum behandelt werden. Im mitberatenden Jugend- und Kulturausschuß wurden drei wichtige Änderungen angeregt: 1/ Die Bezeichnung soll "Europäisches Zentrum für Berufsausbildung und -beratung" lauten; 2/ der ausbildungsmäßige Aspekt darf nicht vernachlässigt werden, denn wenn es um die Berufsausbildung geht, kann der wirtschaftliche Aspekt nicht allein im Vordergrund stehen; aus diesem Grunde sollten auch einige Erzieher im Vorstand vertreten sein, um den pädagogischen Einfluß zu sichern; und 3/ sollte die Jugend ebenfalls in angemessener Weise beteiligt werden und eine Möglichkeit der Einflußnahme auf die Arbeitsweise erhalten.

In der Bundesrepublik hat der Deutsche Gewerkschaftsbund vor kurzem die Schaffung des Europäischen Zentrums begrüßt. Das Zustandekommen sei nicht zuletzt ein Erfolg der jahrzehntelangen Bemühungen der Arbeitnehmervertreter in den verschiedenen Gremien der Europäischen Gemeinschaft. Es bleibt zu hoffen, daß diese erfreuliche Initiative der Kommission der Europäischen Gemeinschaften nicht zu lange auf ihre Verwirklichung warten muß.

(-/30.8.1974/bgy/ex)

+ + +

Die Union marschiert rechts

Heinrich Windelen lieferte den Beweis

"Rechts von der CDU gibt es kein nennenswertes Wählerreservoir, das für die CSU gewonnen werden könnte." Dieser Satz ist keine "Feindbild"-Unterstellung eines SPD- oder FDP-Sprechers, sondern die wörtlich zitierte Aussage des stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesminister a.D. Heinrich Windelen MdB.

Damit hat die deutsche Öffentlichkeit von wirklich kompetenter Stelle schwarz auf weiß bestätigt erhalten, was man bisher aus dem Ergebnis von Wahlen wußte und was man in zahllosen Reden von CDU- und CSU-Politikern hören konnte. Die CDU und vor allem die CSU haben inzwischen nahezu alles aufgesogen, was sich rechts von ihnen tummelte, so daß die Unions-Parteien nach rechts dicht an der Wand stehen. Was sich in dieser schmalen Lücke noch bewegen kann, das wagt in schiefen Rechtsradikalismus oder in Grüppchen aus, die den letzten brauchbaren Rest sammeln, um ihn bei nächstbestener Gelegenheit ebenfalls in den Unions-Topf zu überführen.

Nach Windelens offizieller Feststellung gibt es auch keinen Zweifel mehr über die Gründe, die die CDU und insbesondere die CSU immer mehr aus der Mitte-Rechts-Haltung in eine deutliche rechts und konservativ bestimmte Position hineingebracht haben. Die bis zur Aufgabe erfolgte Verdünnung des Einflusses des linken Flügels, die sich schon beim letzten Hamburger CDU-Parteitag ankündigte, hat jetzt ihre überdeutliche Darstellung gefunden. Und nun wird auch verständlich, wie so unter der rechtslastigen Dominanz des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß auch die Gesamtpolitik der Unions-Parteien immer mehr ihres letzten reformerischen Anstrichs entkleidet wurde und sie im raschen Schritt auf die rechte Fahrbahn eingeschwenkt ist: innen- und außenpolitisch gleichermaßen, wovon nicht zuletzt gerade das Wirken Windelens zeugt.

Nach der verbindlichen Aussage des stellv. CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Heinrich Windelen weiß die deutsche Öffentlichkeit, daß die Politik der Union synonym für rechts ist. Und die Wähler wissen, woran sie mit der Union sind. (ee/30.8.1974/bgy/ee)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert